

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Postämter und die Auerer Tagesblätter entgegen. — Erscheint werktäglich. Preis: 10 Pfennig. — Druck: 10 Pfennig.

Bestellungen nehmen die Postämter und die Auerer Tagesblätter entgegen. — Erscheint werktäglich. Preis: 10 Pfennig. — Druck: 10 Pfennig.

Telegramme: Cagblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 16

Dienstag, den 20. Januar 1925

20. Jahrgang

Dr. Luther über sein Aufbauprogramm.

Berlin, 17. Januar. Reichskanzler Dr. Luther empfing heute die Vertreter der deutschen Presse, vor denen er im wesentlichen folgendes ausführte:

Ich lege das größte Gewicht auf das Zusammenarbeiten mit der Presse und werde meinerseits alles tun, um das gegenseitige Verständnis zu fördern. Dr. Luther fuhr fort, die Ursache der bisherigen Einaußerung der Regierungserklärung habe darin gelegen, daß wichtige Ministerposten infolge von Schwierigkeiten in der Personenfrage noch nicht besetzt seien. An den Gerüchten über große innere Meinungsverschiedenheiten innerhalb des neuen Kabinetts sei kein wahres Wort. Er bitte die Presse, solchen unbegründeten Krisengerüchten kein Ohr zu leihen. Das Reichsjustizministerium habe der Oberlandesgerichtspräsident a. D. Frenken-Rön übernommen, welcher dem Zentrum nahe steht.

Daß sein verehrter Vorgänger Marx solange nicht zum Ziele gekommen sei, liege in der objektiven Tatsache der Zerissenheit im Reichstage und demgemäß im Volke. Die wenig gut dies sei, darin seien alle einig, aber die Gründe dafür sehr verschieden. Im Dienste unseres Volkes mühten wir uns daher, nur die einigenden Gesichtspunkte zu sehen. Er habe entscheidendes Gewicht darauf gelegt, eine Regierung zu bilden, hinter welcher in irgendeiner Form eine Mehrheit des Reichstages und — wenn möglich — der ganze Reichstag stehe. Niemand, der, wie er, keiner Partei angehöre, könne gar keine andere Regierung bilden als eine solche, die möglichst alle Kräfte zusammenfasse, welche zu positiver Mitarbeit bereit sind. Er wolle versuchen, zu seiner Arbeit diese alle zu gewinnen. — Der Reichskanzler widmete dann dem scheidenden Reichspräsident Dr. Eißner Worte des Dankes für seine Arbeit in schwerer Zeit und stellte den neuen Reichspräsidenten, Ministerpräsident Dr. Brüning, vor, der — wie er — keiner politischen Partei angehöre.

Englisches Mißtrauen gegen das Kabinett Luther.

Der „Daily Telegraph“ beschäftigt sich als einziges Blatt in seinem Leitartikel mit der Regierung Luther und meint, man könne das Kabinett Luther nur als ein „Ausfallskabinett“ bezeichnen, dem ein kurzes und ruhmloses Leben bestimmt sei. Allem Anschein nach werde es noch lange dauern, bis geregelte und berechenbare Verhältnisse in einem Lande eingetreten seien, dessen nationale Politik einer der bedeutendsten Faktoren der europäischen Länder sei. Das sogenannte überparteiliche Ministerium sei aus reaktionären und militärischen Kräften zusammengesetzt. Keines dieser Mitglieder habe zu irgendeiner der Linkeregierungen gehört, außer dem Reichswehrminister Gessler, in dem sich aber die demokratischen Prinzipien nicht sehr hervorgehoben hätten. Bei aller Achtung für Dr. Luther, der sich als Finanzminister sehr

ausgezeichnet und einen vorzüglichen Eindruck in London gemacht hat, muß doch als sicher gelten, daß der wichtigste Einfluß in der Regierung von Stresemann ausgehen werde, dessen monarchistische Sympathien kein Geheimnis seien. Alle diese Politiker hätten zwar ihre Feindschaft gegenüber der Republik für den Augenblick abgeschworen. Aber der reaktionäre Geist sei da und werde sich möglicherweise auch in der Außenpolitik geltend machen, obwohl der Entwurf sich des Wohlwollens der großen Mehrheit im Reichstag erfreue.

Der neue Reichsjustizminister.

Der Reichskanzler Luther sprach sich vor den Vertretern der Presse über die Kabinettsbildung aus und teilte zunächst mit, daß Oberlandesgerichtspräsident a. D. Frenken-Rön das Reichsjustizministerium übernommen habe. Der neue Justizminister stehe der Zentrumspartei nahe.

Der zum Reichsjustizminister ausersehene Oberlandesgerichtspräsident a. D. Dr. Frenken lebt in Rön im Ruhestand. Er ist in Hainberg (Rheinland) geboren. Vor 14 Jahren brachte er im preussischen Justizministerium zu, zuletzt bekleidete er den Rang eines Ministerialdirektors. Im Januar 1914 wurde er als Unterstaatssekretär für Justiz nach Straßburg versetzt, das er aber schon 1916 wieder verließ, um das Amt des Oberlandesgerichtspräsidenten in Rön zu übernehmen. Im Oktober 1922 wurde er verabschiedet. Dr. Frenken ist parteipolitisch nie herborgetreten. Man darf ihn aber dem Zentrum zurechnen. In der großen Öffentlichkeit ist er ziemlich unbekannt, dagegen in den wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Kreisen Rön außerordentlich hochgeschätzt. Als er vor zwei Monaten seinen 70. Geburtstag feierte, nahm das gesamte offizielle Rön daran teil. Dr. Frenken hat zwei Söhne im Kriege verloren.

Die unbefetzten Ministerposten.

Berlin, 19. Jan. Die Blätter melden, daß mit der Ernennung des Reichsfinanzministers heute bestimmt zu rechnen sei. In parlamentarischen Kreisen verläutet, daß der Reichskanzler vermutlich den früheren preussischen Finanzminister und jetzigen Vorsitzenden des Rechnungshofes Emsisch erneut aufordern werde, dieses Ressort zu übernehmen. Wie der „Montag“ meldet, wird die Besetzung des Reichsverkehrsministeriums vorläufig unterbleiben, da von verschiedenen Seiten für eine Zusammenlegung dieses Ministeriums mit einem anderen Vorseufalle, wie es bereits mit dem für die besetzten Gebiete vorgesehen ist, eingetreten wird.

50 Millionen Steuerüberschuß bis Dezember.

Nach einer im „Reichsanzeiger“ veröffentlichten Uebersicht betragen die Einnahmen des Reiches für die Zeit vom 1. April bis Ende Dezember 1924 an Besitz- und Verzehrssteuern rund 4212 Millionen gegen 4144 Millionen im Voranschlag für das Rechnungsjahr 1924, an Zöllen und Verbrauchssteuern 1074 Millionen gegen 1099 Millionen, an sonstigen Einnahmen 7 Millionen gegen —, mithin im ganzen 5293 Millionen gegen 5243 Millionen.

Die Geldwirtschaft der Reichspost.

Berlin, 17. Jan. Nach Meldungen Berliner Morgenblätter trat gestern der Verwaltungsrat der deutschen Reichspost zu einer Sitzung zusammen, um über die Geldbewirtschaftung der Post und über die Stellung des Verwaltungsrates zu beraten. Der Reichspostminister Eisinger begrüßte die Anwesenden mit einer Ansprache. Der Verwaltungsrat befaßte sich sodann eingehend mit der Frage der Kredite durch die deutsche Reichspost. Nach einer zusammenfassenden Darstellung des Ministerialdirektors Klauke über die allgemeine Geldwirtschaft und über den besonders gelagerten Einzelfall der Kreditbewirtschaftung an den Darmstadt-Konzern setzte der Verwaltungsrat einen Ausschuss ein, der im engsten Einvernehmen mit der Postverwaltung und der Reichsbank die Kreditgeschäfte der Deutschen Reichspost in den letzten Jahren nachprüfen soll und über das Ergebnis in kürzester Zeit Bericht erstattet.

Oberstaatsanwalt Dr. Kramm vom Amte suspendiert.

Der bekannte Freiburger Oberstaatsanwalt Dr. Kramm in Freiburg ist in Verfolg der gegen ihn eingeleiteten strafrechtlichen Voruntersuchung vom Amte suspendiert worden. Dr. Kramm war bekanntlich unter der Feigensherrschafft zum Oberstaatsanwalt ernannt worden.

Die Veröffentlichung von Staatsdokumenten.

Die Demokraten und die Sozialdemokraten haben, wie wir bereits kurz meldeten, zwei Interpellationen eingebracht, die sich beide mit dem Falle Tirpitz beschäftigen. Die beiden Interpellationen, von denen die sozialdemokratische auch den Namen des Großadmirals anführt, wünschen Aufklärung bzw. Maßnahmen der Regierung, um unbefugte Veröffentlichungen amtlicher Schriftstücke und Dokumente durch ehemalige Reichsbeamte oder Offiziere zu verhindern. Die Sozialdemokraten wollen außerdem ein Ermittlungsverfahren darüber haben, welche Dokumente sich im Besitze des Herrn v. Tirpitz befinden. Das B. L. bemerkt zu diesen beiden Interpellationen, es sei dringend notwendig, daß durch ihre schnelle Beantwortung einem Skandal ein Ende gemacht werde, denn das Blatt glaubt zu wissen, daß durch die unzulässige Behörde festgestellt worden sei, daß Herr v. Tirpitz eine große Anzahl wichtiger amtlicher Dokumente widerrechtlich im Besitze habe. Er könne sich allerdings auf die Anwesenheitsordnung der Volksbeauftragten berufen, aber man hätte diese Dokumente zum mindesten beschlagnahmen sollen.

Fortgang der Pariser Verhandlungen.

Berlin, 18. Januar. Die Morgenblätter melden aus Paris: Entgegen einer Meldung der Berliner „Morgenpost“, die gestern aus nicht ganz erschließlichen Gründen von dem bevorstehenden Abbruch der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen gesprochen hat, obwohl sie wußte, daß Handelsminister Reynaldy der deutschen Wirtschaftsdelegation schriftliche Vorschläge zur Prüfung überreichen würde, gestern hätten Unterkommissionen der beiden Delegationen die Frage der Errichtung deutscher Konsulate in Frankreich, besprochen, was ein Beweis dafür sei, daß man deutsch-französisch weiter verhandeln will.

Der Kampf um die elsfällische Wareneinfuhr.

Die deutsche Delegation gegen die französischen Entstellungen.

Paris 18. Jan. Gegenüber falschen Darstellungen der französischen Presse über den augenblicklichen Stand der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen ist nochmals zu betonen, daß der Hauptgrund der entstandenen Meinungsverschiedenheiten darin zu finden ist, daß die deutsche Delegation an dem von den beiderseitigen Präsidenten am 12. Oktober 1924 unterzeichneten deutschen Protokoll festhält, dessen wesentlicher Inhalt die Einräumung der Meistbegünstigung de jure von Frankreich gegen die Meistbegünstigung de facto an Deutschland bildet. Die deutsche Delegation hat keinen Anlaß gesehen, für das in Aussicht genommene kurzfristige Abkommen die gemeinsam gefundene Grundlage zu verlassen oder sie, wie die französische Formel lautet, nicht mehr vollständig anzuwenden.

Einen weiteren Punkt der Meinungsverschiedenheiten bildet die Frage der Vorzugsbehandlung der elsaß-lothringischen Waren. Die deutsche Delegation hat an ihrem wiederholt dargelegten Standpunkt festgehalten, daß jede Verhandlung abgelehnt werden müsse, die in der Praxis auf eine Verlängerung des im Verfaller Vertrag vorgesehenen Regimes hinausläufe. Dagegen hat sie sich bereit erklärt, bei der Erörterung der einzelnen Warengebiete zu prüfen, inwieweit den besonderen Verhältnissen Elsaß-Lothringens durch eine Vorzugsbehandlung Rechnung getragen werden könne. Die deutsche Delegation hat jedoch den Vorbehalt gemacht, daß Vorzugsrechte, die auf diesem Wege gewährt werden könnten, in Wegfall kämen, falls sie auf Grund der Meistbegünstigung von dritten Staaten in Anspruch genommen würden. Tatsächlich ist Deutschland auf Grund des mit fast allen anderen Staaten bestehenden Meistbegünstigungsverhältnisses diesen gegenüber verpflichtet, ihnen dieselbe Vorzugsbehandlung einzuräumen, welche Frankreich für elsaß-lothringische Waren bekommen würde. Würden dritte Staaten von diesem Recht Gebrauch machen, so würde eine für die deutsche Wirtschaft unermöglichte Durchbrechung des geltenden Zollschutzes eintreten.

Französische Zeitungen behaupten, Deutschland habe in dieser Frage England zum Schlichter zwischen Frankreich und Deutschland machen wollen. Wenn Verlauf der Erörterungen auf beiden Seiten der von England ebenso wie der anderer Staaten erwähnt den ist, so ist dies nur zur beiderseitigen Erläuterung des Problems geschehen. Die deutsche Delegation selbstverständlichen Ansicht, daß es ihre Pflicht mit den dritten Ländern darüber auseinanderzusetzen ob sie auf Grund der Meistbegünstigung die ihnen gewährten Vorzugsrechte beanspruchen wollen oder: Eine Schlichterliche Tätigkeit eines Staates zu demnach überhaupt nicht in Frage.

Die französische Eisenbahnregie besteht weiter.

Mit dem 31. Dezember sollte der restlose Abbau der Regie nach dem Londoner Abkommen und nach den Abmachungen zwischen der Reichsbahn- und Regieverwaltung beendet sein und zu diesem Termin nur noch persönliche Abwicklungsstellen sich in Tätigkeit befinden, die aber absolut den Charakter von Liquidationsstellen tragen sollten. Nun haben aber die Besatzungsbehörden der Londoner Abmachungen dadurch umgangen oder hintertreten, daß sie aus einem Teile der ehemaligen Regiebeamten eine militärische Behörde zusammenstellten. Die „Section Rhénane“ ist eine militärische Eisenbahnreformations, die etwa 850 Köpfe stark ist und in fünf Unterabteilungen zerlegt ist, von denen jede sich aus Angehörigen einer bestimmten französischen Eisenbahngesellschaft rekrutiert. Die früheren Beamten und Angestellten der Regie sind militärisch eingekleidet und unterstehen den militärischen Behörden. Nun wird sich Frankreich darauf berufen, daß die im Londoner Abkommen bestimmten Organisationen zur Überwachung des Eisenbahnbetriebes in den besetzten Gebieten vorgesehen sein sollen. Jedoch waren die Abteilungen als Organe der zivilen Rheinlandkommission, nicht aber als militärische Stellen gedacht, als die sie jetzt ausgebaut sind. Die „Section Rhénane“ ist nichts anderes als ein Cadre zur möglichen raschen Wiedererrichtung einer Regieverwaltung. Die ehemaligen Regiebeamten geben das auch unumwunden zu. Schließlich sind doch noch auch die deutschen Stellen über das Bestehen dieser Section Rhénane unterrichtet, die nebenbei eine Menge von Häusern und Wohnungen für sich beanspruchen, und man sollte verlangen, daß die maßgebenden Stellen sich darüber mit dem Quai d'Orsay ins Benehmen setzen werden.